

Landesabitur 2007



Beispielaufgaben 2005

HESSEN

Landesabitur 2007 Beispielaufgaben

Politik und Wirtschaft

Leistungskurs

Beispielaufgabe A 1

Auswahlverfahren: Die Schülerin / der Schüler wählt aus den Aufgaben

A 1, A 2 und A 3 eine Aufgabe zur Bearbeitung aus.

Einlese- und Auswahlzeit: 30 Minuten

Bearbeitungszeit: 240 Minuten

Erlaubte Hilfsmittel: Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung

Sonstige Hinweise: keine

I. Thema und Aufgabenstellung

Staatsverschuldung

Aufgaben

- 1. Arbeiten Sie aus den vorliegenden Texten die jeweilige Position des Autors zu Ursachen der wirtschaftlichen Krise und zur Staatsverschuldung heraus. (25 BE)
- 2. Ordnen Sie begründet beide Positionen ihren jeweiligen wirtschaftspolitischen Theoriezusammenhängen zu. (35 BE)
- 3. Nehmen Sie Stellung zu den in den Texten vorgetragenen Sichtweisen. Beziehen Sie in Ihre Überlegungen auch die Frage mit ein, welche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen die jeweiligen wirtschaftspolitischen Strategien nach sich ziehen oder auch nach sich ziehen könnten. (40 BE)

Material 1

5

10

35

40

Wohlstand auf Pump

Politik und Gesellschaft folgen meist fest verinnerlichten Verhaltensmustern. Dazu gehört in vielen hoch industrialisierten Staaten die Bewältigung gegenwärtiger Probleme auf Kosten der Zukunft. Besonders deutlich lässt sich dies an der Staatsverschuldung ablesen, die in den letzten Jahrzehnten weltweit schneller als das Bruttoinlandsprodukt wuchs. Deutschland bildet dabei keine Ausnahme. [...]

- Von der Politik allein eine dauerhafte Begrenzung des Schuldenwachstums zu erwarten wäre unrealistisch. Denn diese orientiert sich an der Zustimmung der Wähler. Letztlich beschreiten die Bürger selbst den Weg in die Staatsverschuldung immer weiter, obwohl sie in ihrer Gesamtheit die Folgen zu tragen haben. Wachsende Staatsverschuldung ist Ausdruck kollektiver Überforderung des Staates. Die Nachfrage nach staatlichen Leistungen wächst ständig und mit steigendem Wohlstand überproportional. [...]
- Im Wettbewerb um Wählerstimmen versuchen Politiker, ihr Angebot staatlicher Leistungen der steigenden Nachfrage anzupassen. Mit der Ausweitung des Leistungskatalogs hält jedoch die Zahlungsbereitschaft der Bürger nicht Schritt. Seit langem empfinden die Bundesbürger die Abgabenbelastung als zu hoch, fordern aber dennoch neue Leistungen. Der politische Entscheidungsprozess bringt anders als der Markt Zahlungsbereitschaft und Nachfrage
 - Entscheidungsprozess bringt anders als der Markt Zahlungsbereitschaft und Nachfrage nicht zur Deckung, weil für den Einzelnen meist kein unmittelbarer Verbund zwischen Kosten und Nutzen staatlicher Leistungen besteht.
- [...] Zusammengenommen werden die Folgen der Staatsverschuldung, soweit nicht schlicht bestritten, teils absichtlich, teils unabsichtlich immer weiter hingenommen. Dahinter steht als gemeinsame Ursache die Veränderung der in der Gesellschaft verankerten Wertvorstellungen. Als oberste Handlungsmaxime gilt heute weithin die unbeschränkte individuelle Selbstverwirklichung. Dabei ist zunehmend in Vergessenheit geraten, dass die für die Marktwirtschaft und Demokratie konstitutive individuelle Freiheit in der Freiheit des anderen, in der Verant-
- wortung für die Folgen des eigenen Handelns und in der Einhaltung der Spielregeln, die Handlungsfreiheit für alle erst garantieren, ihre Grenzen hat. Die Einhaltung dieser Normen erfordert einen sozialen Grundkonsens. Nimmt die Zahl der Trittbrettfahrer überhand und verlieren soziale Institutionen, die den Grundkonsens in der Vergangenheit vermittelten und stützten, an Bedeutung, droht eine sich selbst verstärkende Destabilisierung der sozialen Ordnung.
 - Nach Überwindung der Kriegsfolgen und bei wachsendem Wohlstand entstand ein normatives Vakuum. Dieser Wertewandel wirkt bis heute fort. Die emanzipatorische Tendenz hat dazu geführt, dass traditionelle Bindungen und Institutionen ihre Bedeutung einbüßten. An ihre Stelle traten neue soziale Strukturen mit eigenen privaten und gruppenspezifischen Wertvorstellungen, die oft mit Absolutheitsanspruch vertreten werden.
 - Dem Menschenbild des sich vollständig und unbegrenzt verwirklichenden Individuums steht ein ebenfalls entgrenztes Staatsverständnis zur Seite. Vom Staat wird die Gewährung größtmöglicher Handlungsspielräume und umfassender Risikovorsorge erwartet. Die Forderungen beschränken sich keineswegs nur auf Leistungen im materiellen Eigeninteresse. Häufig wird auch nach dem Staat gerufen, wenn es um Ziele geht, denen man selbst besonderes moralisches Gewicht beimisst. Forderungen an den Staat ersetzen eine mit persönlichen Opfern verbundene Solidarität, unbeschränkte individuelle Selbstverwirklichung einerseits und allumsorgender Wohlfahrtsstaat andererseits stehen jedoch in unauflöslichem Widerspruch.

Denn zur Erfüllung aller Ansprüche muss dieser Wohlfahrtsstaat zwangsläufig die individuellen Entscheidungsspielräume immer mehr einengen. Dieser Widerspruch wurde mittels wachsender Staatsverschuldung lange verdrängt, was die Kooperations- und Kompromissfähigkeit
der Gesellschall weiter aushöhlte. Wachsende Staatsverschuldung ist damit sowohl Folge
veränderter Sicht- und Verhaltensweisen als auch deren Ursache und verstärkt sich damit
auch außerökonomisch selbst.

gek.n.: Adrian Ottnad: Wohlstand auf Pump, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4/1997, S. 444 ff.

Adrian Ottnad gehörte 1997 dem von Meinhard Miegel geleiteten Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn e.V. an.

Material 2

5

10

15

Konjunkturpolitische Abstinenz verschärft die Krise

Schwere Wirtschaftskrisen haben auch positive Seiten; zuweilen können sie sogar eine kathartische Wirkung entfalten. Alte ökonomische Deutungsmuster, zwischenzeitlich zu Glaubenssätzen mutiert, werden plötzlich in Frage gestellt. So mehren sich nach drei Jahren Stagnation Zweifel an der richtigen Diagnose und Therapie der herrschenden Ökonomie. Diese sieht die zentralen Stellschrauben für Wachstum und Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt. Denn nach Auffassung des ökonomischen Mainstreams hat Konjunkturpolitik keine positiven Folgen auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Zeit ist reif für eine Ökonomie, die gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge nicht aus dem Blick verliert. Das Siechtum des kranken Mannes in Europa geht nicht primär vom Arbeitsmarkt aus. Kein Ökonom bestreitet heute mehr, dass gegenwärtig die Binnennachfrage die Achillesferse der deutschen Volkswirtschaft ist. Diese Nachfrageschwäche resultiert zu großen Teilen aus der Logik einer exportorientierten Modernisierungsstrategie. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit sollte durch Arbeitskostensenkung erhöht werden. Das Kalkül ging vordergründig auf. Seit Mitte der neunziger Jahre lagen die Bruttolohnzuwächse unter dem verteilungsneutralen Spielraum (Produktivität plus Inflation).

- Nur Japan hatte unter den führenden Industrieländern einen noch geringeren Anstieg der Nominallöhne und der nominalen Lohnstückkosten. Auch deswegen ist Deutschland heute Exportweltmeister, und seine Außenhandelsüberschüsse steigen. Die Schattenseite dieses Trends ist eine chronische Konsumschwäche. Denn der Lohn ist sowohl Kosten- als auch
- Nachfragefaktor. Wenn ein Nachfrageausfall infolge von Lohnzurückhaltung verhindert werden soll, dann müssten die Betriebe im Umfang der eingesparten Lohnsumme zeitgleich Neueinstellungen vornehmen. Billigere Arbeit führt jedoch nicht im Selbstlauf zu mehr Beschäftigung. Unsichere Umsatzerwartungen der Betriebe verhindern einen solchen Automatismus.
- Diese zentrale Schwachstelle übersehen die Hausmeister der Freiburger Schule. Je größer die Bedeutung des Binnenmarktes, desto stärker sind die negativen konjunkturellen Effekte. In Deutschland hängen vier von fünf Arbeitsplätzen vom Binnenmarkt ab. Die Beteiligung an der arbeitskostengetriebenen Standortkonkurrenz spaltete die nationale Konjunktur. Während die exportorientierten Branchen der Automobil-, Chemie- und Elektroindustrie sowie des
- Maschinenbaus ihre Weltmarktanteile weiter ausbauten, stagnierten die Umsätze des binnenmarktabhängigen Handwerks und Einzelhandels.

55

Die konjunkturpolitische Abstinenz verschärft die Situation. Aktive Konjunkturpolitik gilt in Deutschland immer noch als keynesianisches Teufelswerkzeug - im Gegensatz zum traditionell wirtschaftsliberalen angelsächsischen Raum. Dort gehört eine aktive Geld- und Finanzpolitik zum Standardrepertoire einer modernen und erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Die briti-35 sche Labour-Regierung investierte in vier Jahren über 40 Milliarden Pfund in ihr marodes Bildungs- und Gesundheitswesen. In den Vereinigten Staaten wurde mit einem finanzpolitischen Impuls von 150 Milliarden Dollar die Konjunktur angekurbelt. Diese aktive Finanzpolitik führte, unterstützt durch eine lockere Geldpolitik, nicht zu Strohfeuereffekten, sondern zu höherem Wachstum. Deutsche Finanzminister und europäische Zentralbanker schwören 40 dagegen immer noch auf Sparpolitik und Preisstabilität. Diese nicht konjunkturgerechte Konzeption von Geld- und Finanzpolitik - heute institutionell verankert im Stabilitätspakt und der Verfassung der Europäischen Zentralbank - verursachte in den neunziger Jahren ein wachstums- und beschäftigungsfeindliches gesamtwirtschaftliches Umfeld. Notwendige öffentliche Zukunftsinvestitionen unterblieben unter Berufung auf die Prinzipien eines ausgeglichenen 45 Haushalts und der Generationengerechtigkeit. Der zentrale Einwand, dass eine aktive Finanzpolitik den Marsch in den keynesianischen Schuldenstaat bedeutet, gehört aber zu den populärsten ökonomischen Mythen. Der Anteil der Staatsverschuldung an der Wirtschaftsleistung betrug gegen Ende des "Bastardkeynesianismus" der sozial-liberalen Koalition etwa 32 Pro-50 zent. Heute liegt die Schuldenstandsquote über 66 Prozent. Dazwischen liegen die Finanzierungslasten der Deutschen Einheit - dem eigentlichen deutschen Strukturproblem - und das Scheitern einer Sparpolitik, die auf konjunkturelle Erfordernisse keine Rücksicht nahm. Weniger Schulden gibt es nur durch mehr Wachstum. Dieses kommt aber nicht zustande, wenn eine Wirtschaftspolitik, die auf dem Nachfrageauge völlig erblindet ist, alle Ampeln auf

aus: Dierk Hirschel, Zweifel an alten ökonomischen Glaubenssätzen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.6.2004

Rot stellt. In dieser Erkenntnis könnte heute die kathartische Kraft der Krise liegen.

Dierk Hirschel ist Chefökonom des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Anmerkung, Z. 48 Bastardkeynesianismus – nicht konsequent durchgeführter Keynesianismus

Korrektur- und Bewertungshinweise - nicht für den Prüfungsteilnehmer bestimmt -

II. Erläuterungen

Der Aufgabenvorschlag ist insgesamt so angelegt, dass Forderungen nach "Aktualität und Struktur", "Kontroverse und Konsens", "Offenheit und Wertbezug" (Lehrplan Politik und Wirtschaft [im Folgenden LP], S. 3) die Materialauswahl wie die Problemstellungen bestimmen sowie Fähigkeiten der Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer zur Anwendung kommen können, die sich aus den Qualifikationsanforderungen des "Abschlussprofils" (siehe LP, S. 40) ergeben. Dies gilt auch für die methodischen Fähigkeiten zur Materialrezeption und reflexiven Verarbeitung.

Voraussetzungen gemäß Lehrplan:

12.1 (Aufgaben 1, 2 und 3)

- "Konjunktur und Konjunkturpolitik"
- "Ziele und Zielkonkurrenz wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Handelns"
- "Wirtschaftliche Integration Europas", insbesondere hier der Themenstichpunkt "Der Vertrag von Maastricht und die Konvergenzkriterien"
- "Verteilung des Volkseinkommens und Verteilungspolitik", insbesondere hier der Themenstichpunkt "Soziale Gerechtigkeit zwischen Leistungs- und Bedarfsprinzip"

12.2 (Aufgaben 1 und 3)

• "Partizipation und Repräsentation", insbesondere hier die Themenstichpunkte "Parteien", "Wahlen, Wahlverhalten – Veränderungen, Parteien und Wählerschaft", "Pluralismus und politischer Entscheidungsprozess"

III. Lösungshinweise

Aufgabe 1

M 1: Der Autor sieht in der Staatsverschuldung in ausufernden Dimensionen ein eklatantes Beispiel für die Orientierung von Politik und Gesellschaft an meist verinnerlichten Verhaltensmustern, zu denen er z.B. die Bewältigung gegenwärtiger Probleme auf Kosten der Zukunft zählt. Staatsverschuldung als Ausdruck kollektiver Überforderung des Staates, der Politik allein nicht entgegentreten kann, da sie sich an der Zustimmung der Wähler orientiert.

(→ Wettbewerbsdemokratie)

Ursache dafür: Veränderung der in der Gesellschaft verankerten Wertvorstellungen. Der soziale Grundkonsens, dem eine verantwortliche Abwägung von Individual- und Gemeinwohlprinzip zugrunde liegt (→ Freiheitsbegriff) und der für die Einhaltung gemeinsamer Spielregeln und Handlungsmaximen wesentlich ist, ist in Vergessenheit geraten.

Unbeschränkte individuelle Selbstverwirklichung erscheint gekoppelt mit einem ebenfalls entgrenzten Staatsverständnis, das in Gestalt eines allumsorgenden Wohlfahrsstaates eine mit persönlichen Opfern verbundene Solidarität ersetzen soll.

Dass der Grundwiderspruch zwischen den Zielen nach unbeschränkter individueller Selbstverwirklichung und umfassender Risikovorsorge durch den Staat (was nämlich eine Einengung der individuellen Entscheidungsspielräume bedeuten würde) bislang nicht offen zutage getreten ist, liegt in einer kollektiven Verdrängungsleistung, die mittels Staatsverschuldung bislang finanziert wurde.

Wachsende Staatsverschuldung ist damit **sowohl Folge als auch Ursache** veränderter Sicht und Verhaltensweisen, eines Wertewandels, der begleitet ist von einer sich selbst verstärkenden Destabilisierung der sozialen Ordnung durch Bedeutungsverlust traditioneller Bindungen und Institutionen.

M 2: Der Autor fordert eine aktive Geld- und Finanzpolitk des Staates und der Europäischen Zentralbank. Die Binnennachfrage bezeichnet er als Achillesferse der deutschen Volkswirtschaft und fordert deshalb konjunkturpolitische Maßnahmen des Staates, die der Nachfrage- / Konsumschwäche entgegenwirken. Er proklamiert das Scheitern einer Sparpolitik, die auf konjunkturelle Erfordernisse keine Rücksicht nimmt. Der Arbeitsmarkt sei nicht die Stellschraube für Wachstum und Beschäftigung (indirekter Vorwurf an die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik / aktuelle Arbeitsmarktreformen: Agenda 2010, Hartz I-IV), gefordert sei stattdessen eine Wirtschaftspolitik, die aktive Konjunkturpolitik betreibt und über die Generierung von Wachstum / Arbeitsplätzen dann auch mittel- bis langfristig für Schuldenabbau sorge.

Aus dem Text ist zu erschließen, dass der Abbau der Staatsverschuldung über eine Sparpolitik (z.B. Rückführung von Sozialleistungen des Staates) derzeit weder als adäquates Mittel noch als primäres Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik angestrebt wird.

Fazit : Gefordert wird das Herausarbeiten wesentlicher Thesen und Argumentationsstrukturen der beiden Positionen. Inhaltliche Richtigkeit, gedankliche Strukturierung und Eigenständigkeit in der sprachlichen Umsetzung sind die Beurteilungskriterien.

Aufgabe 2

M 1 repräsentiert eine Position, die durch M 2 einer Kritik unterzogen wird: Die hier vorgenommene Zustandsbeschreibung von Staat und Gesellschaft als Bedingungsfeld ausufernder Staatsverschuldung muss als Plädoyer für eine Reform des Sozialstaates verstanden werden, um z.B. über eine Rückführung von staatlichen Sozialtransfers (überzogenes Anspruchsdenken der Bürger) an der Ausgabenschraube zu drehen und darüber Sparpotential freizusetzen.

→ Abbau der Staatsverschuldung.

Diese Position ist im weiteren Sinne einer **angebotsorientierten Wirtschaftspolitik** beizuordnen, die über **strukturelle Reformen** eine 'Verschlankung' des Staates und einhergehend damit eine Aktivierung der Marktkräfte und damit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erreichen will (Standortfrage / Globalisierung).

(Steuerungsgröße ist die Geldmenge; Konsum hängt von auf Dauer erwarteten Einkommen ab; Instrumente und Maßnahmen:

Deregulierungen, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Rückführung der Staatsquote / der Staatsausgaben, Reform des Sozialsystems, Kostenentlastung des Faktors Arbeit / Senkung der Lohnnebenkosten, Steuersenkungen, Abbau der Subventionen etc. könnten als Reformansatz der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik angeführt werden.)

Die Position des Textes M 2 ist als nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik / Keynesianismus zu kennzeichnen.

Wichtige Elemente der Theorie Keynes´ sollten angesprochen werden: gesamtwirtschaftliche Nachfrage als wichtigster Bestimmungsgrund für Beschäftigung; bei **konjunkturell** bedingter Unterbeschäftigung kann die Fiskalpolitik mit Hilfe des Staatshaushaltes die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zwecks Abbau der Arbeitslosigkeit / Ziel der Vollbeschäftigung nachhaltig beeinflussen – notfalls über ´deficit spending`.

Im Transfer zu einzelnen Textaussagen sollte die Zuordnung begründet und präzisiert werden. Folgendes könnte dabei herausgestellt werden:

- Nachfrage als "Stellschraube" für Wachstum
- Konjunkturkrise / keine Strukturkrise: Ablehnung von Arbeitsmarktreformen
- Aufgabe des Staates: aktive Konjunkturpolitik zu betreiben
- Betrachtung des Lohnes unter dem "Kaufkraftargument", nicht unter dem "Kostenargument"
- Kritik an der staatlichen Sparpolitik: Geldwertstabilität als nachrangiges Wirtschaftsziel

- Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung des Binnenmarktes / Vernachlässigung der Standortfrage, der Exportnachfrage, der Frage nach Bedingungen und Folgen der Globalisierung
- Kritik an den "Hausmeister(n) der Freiburger Schule" (Z. 24)

Fazit: Folgende Fähigkeiten werden erwartet:

- Zuordnung der Textpositionen zu wirtschaftspolitischen Theorien;
- Darstellung und Erläuterung des Denkansatzes und wesentlicher Prinzipien der jeweiligen Wirtschaftspolitik;
- einen Transfer zu Begrifflichkeiten und Argumentationsweisen des jeweiligen Textes begründet herstellen können;
- aus dem jeweiligen Begründungszusammenhang argumentierend die Themen 'Wirtschaftskrise' und 'Staatsverschuldung' in ihrem Stellenwert für die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Situation in Deutschland (auch in ihren jeweiligen kausalen Bezügen) darlegen können.

Aufgabe 3

Anforderungsbereich für die Bearbeitung dieser Aufgabenstellung ist das Verarbeiten komplexer Gegebenheiten mit dem Ziel, zu selbständigen Begründungen, Folgerungen, Deutungen und Wertungen zu kommen. Wesentlich ist hierbei, inwieweit es den Schülerinnen und Schülern gelingt, im Rahmen einer erörternden Betrachtungsweise ein dem Thema angemessenes Problembewusstsein zu entwickeln, das als solches ergebnisoffen zu betrachten ist.

Folgende Gesichtspunkte können hierbei thematisiert werden:

- Kritische Abwägung / Beurteilung wirtschaftspolitscher Theorien und ihrer Setzungen;
- das Dilemma, in dem die Politik steht zwischen dem konjunkturell Nötigen und dem haushaltspolitisch Machbaren (vgl. Magisches Viereck / Zielkonflikte);
- Auswirkungen der **Staatsverschuldung** / Wie ist die Staatsverschuldung und weiteres 'deficit spending' zu bewerten?

Mögliche Aspekte hierfür:

a. wirtschaftliche Auswirkungen:

Zinseszins-Teufelskreis, d.h. die hohe Staatsverschuldung bringt gewaltige Zinsverpflichtungen der öffentlichen Haushalte mit sich. (Tilgung findet faktisch nicht statt, weil fällige Titel durch neue Kreditaufnahme abgelöst werden.) Spirale: neue Kredite für alte Schulden

Ständig wachsender Teil der Staatseinnahmen ist bereits blockiert für den Schuldendienst; das bedeutet: Einengung des finanzpolitischen Spielraums der öffentlichen Hand; (keine Mittel für Zukunftsinvestitionen u. dringende Reformen)

"crowding-out"-Effekt: Die hohe Kreditnachfrage des Staates führt zu einer Verdrängung der privaten Unternehmen auf dem Kapitalmarkt aufgrund tendenzieller Verteuerung von deren Kreditaufnahme. Folge: Wachstumsverlust

kreditinduzierte Inflation: Folge: Preissteigerungen, dadurch Nachlassen der Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Produkte.

b. politische Auswirkungen:

Verletzung der Maastrichter Stabilitätskriterien : → Belastung der europäischen Partnerbeziehungen, Gefährdung der gemeinsamen Euro-Währung / der EWWU;

Verstoß gegen GG Art. 115 (Grenzen für die Kreditaufnahme des Bundes);

Auswirkungen auf die deutsche Innenpolitik

c. gesellschaftliche Auswirkungen:

Generationengerechtigkeit: Staatsschulden sind auf die Zukunft verschobene Steuererhöhungen - die heutige Generation lebt auf Kosten der nächsten Generationen → Generationenkonflikt Einkommensumverteilung "von unten nach oben": An der Finanzierung der Zinszahlungen sind zwangsweise alle Steuerpflichtigen beteiligt, während die Zinserträge überwiegend den Vermögenden zufließen, die es sich leisten können, ihre Mittel in Staatsanleihen zu investieren.

• Auswirkungen von strukturellen Reformen (Umbau des Sozialstaates / Arbeitsmarktreformen / Abbau der Staatsquote, staatliche "Sparpolitik")
Neben dem Pro und Contra aus wirtschaftlicher Sicht (Bandbreite von "Strukturwandel politisch gestalten", Voraussetzungen schaffen für Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft in einer globalisierten Weltwirtschaft bis "Totsparen", "Abwürgen" des Pflänzchens Konjunktur) sollten auch die jeweiligen Konsequenzen auf die politischen Strukturen und deren Prozesse mitreflektiert werden: Wahlverhalten der Bürger, Entwicklung der Parteienlandschaft, Akzeptanzprobleme der Demokratie und ihrer Politiker (Vertrauensverlust), Sicherung/Gefährdung des sozialen Friedens, Erkenntnis- und Vermittlungsprobleme der Politik, Frage: Inwieweit unterliegen Regierungen gesellschaftlichen Stimmungslagen und müssen der relativen Kürze von Legislaturperioden Rechnung tragen?

Wenn anstelle der erwarteten Leistung andere sinnvolle Lösungen der Aufgaben vorgelegt werden, die gleichwertige Kenntnisse und Fertigkeiten zu theoretischen Verknüpfungen und zu einem eigenständigen, kritischen Urteil zeigen, werden diese ebenso berücksichtigt und gewertet.

IV. Bewertung und Beurteilung

Eine ausreichende Leistung (05 Punkte) ist dann gegeben, wenn mindestens 46 von 100 Bewertungseinheiten erreicht wurden. Dies ist dann der Fall, wenn die Schülerin bzw. der Schüler **zum Beispiel** folgende Aspekte bearbeitet, gedankliche und methodische Operationen durchgeführt und sprachliche Kompetenzen unter Beweis gestellt hat:

- die Position des jeweiligen Textes im Grundsatz herausgearbeitet ist
- die beiden Texte als Gegenpositionen erfasst werden
- der Verfasser des Textes M 2 als Vertreter einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik gekennzeichnet wird und wesentliche Elemente keynesianischer Wirtschaftstheorie aufgeführt werden können
- Ziele und Zielkonflikte wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Handelns erkannt werden und gemäß Aufgabenstellung themenbezogen formuliert werden können
- die Frage nach Wirtschaftswachstum je nach wirtschaftspolitischer Überzeugung unterschiedlich beantwortet wird
- das Dilemma der Politik zwischen dem konjunkturell Nötigen und dem haushaltspolitisch Machbaren als politisch zu gestaltende Aufgabe und aktuelle Herausforderung an Politik und Gesellschaft im Wesentlichen erkannt und in Ansätzen thematisiert wird

Für eine gute Leistung (11 Punkte) müssen mindestens 76 von 100 Bewertungseinheiten erreicht worden sein. Zusätzlich zu den für die Vergabe von 05 Punkten genannten Kriterien sind hier **zum Beispiel** folgende Aspekte, gedankliche und methodische Leistungen und sprachliche Kompetenzen relevant:

- Die Position des jeweiligen Textes muss inhaltlich und sprachlich gut herausgearbeitet werden.
- Der Verfasser des Textes M 1 muss vom Denkansatz her der Angebotstheorie zugeordnet werden. Wesentliche Grundannahmen, Instrumente und Maßnahmen sind hier zu nennen.

- Die unterschiedlichen Positionen einer ordnungspolitischen Auseinandersetzung über die Funktion des Staates im Wirtschaftsablauf, über die Beurteilung von Steuerungsgrößen müssen dargestellt und das Dilemma muss charakterisiert werden, nämlich: welchem Ziel im Zielkonflikt zwischen Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung die höhere Priorität eingeräumt wird. Das Problem der Stagflation muss als solches nicht erläutert werden.
- Konjunktursteuerung steht im Widerstreit von Theorien und Interessen, d.h. dass im Streit um die Konjunkturpolitik sich wirtschaftswissenschaftliche Fachfragen mit Gruppeninteressen und mit politischen Richtungsvorstellungen mischen, die als solche auch angesprochen werden sollten.

Vor allem jedoch sollte sich die Bearbeitung nach dem Grad der Kenntnisse, der Komplexität und Differenziertheit, in dem die Aspekte erfasst und methodisch übersichtlich, gedanklich schlüssig sowie sprachlich angemessen dargestellt werden, klar abheben.

Zuordnung der Bewertungseinheiten zu den Anforderungsbereichen

	BE	Anf. I	Anf. II	Anf. III
1	25	10	15	0
2	35	10	20	5
3	40	0	20	20
	Σ 100	Σ 20	Σ 55	Σ 25